

Außenministeriums keineswegs einverstanden. Sie will die Ernennung des neuen Außenministers anfechten, mit der Begründung, daß Halifax als Oberhausmitglied dem Unterhaus nicht Rede und Antwort stehe.

Der neue Außenminister findet in der englischen Presse, abgesehen von der Oppositionspresse, eine freundliche Aufnahme. Der parlamentarische Korrespondent der „Times“ stellt u. a. fest, die Ernennung von Lord Halifax zum Außenminister habe keine Ueberraschung in parlamentarischen Kreisen hervorgerufen. Abgesehen von denen, die auf dem Standpunkt ständen, daß ein Außenminister im Unterhaus sitzen müsse, habe man seiner Ernennung freudig zugestimmt. Die Opposition meine allerdings, daß die Außenpolitik jetzt so lebenswichtig geworden sei und so häufig im Unterhaus erörtert werde, daß die Tage vorbei seien, wo ein Peer Außenminister sein könne. Attlee habe daher sofort namens der Opposition einen Protest angekündigt. In anderen Teilen des Unterhauses vertrete man die Ansicht, daß die Opposition keinen wirklichen Grund zur Beschwerde habe, da der Premierminister selbst mit Unterstützung des neuen Unterstaatssekretärs Fragen im Unterhaus beantwortet wolle.

In einem Artikel über den neuen Außenminister stellt das Blatt fest, daß man keine bessere Wahl habe treffen können. Die Sympathie, derer sich Lord Halifax erfreue, sein Ruf für fairen Handel und Unantastbarkeit seien im Ausland ebenso groß wie im Inlande. Lord Halifax, der in den letzten Monaten ungewöhnliche Möglichkeiten gehabt habe, außenpolitisch mit Eden und Chamberlain zu arbeiten, könne sich weiter auf eine ältere Erfahrung in einer anderen und fast ebenso schwierigen Aufgabe berufen. Gegenüber den Angriffen von der Linken verweist die „Times“ dann darauf, daß auch in früheren Zeiten Mitglieder des Oberhauses das englische Außenamt mit Erfolg geleitet hätten.

Während sich der politische Korrespondent des „Daily Telegraph“ in seinen Ausführungen in der Hauptsache gegen die Opposition wendet, die Lord Halifax ablehnt, weil er nicht im Unterhaus sitze, behauptet das Blatt der Labour-Opposition, der „Daily Herald“, daß die Berufung von Lord Halifax äußerste Unzufriedenheit unter Labour- und liberalen Abgeordneten, bis zu einem gewissen Grade sogar unter Konservativen, hervorgerufen habe. Attlee verweist dem „Daily Herald“, daß die Labour-Partei „einen Höllenlärm schlagen werde. Auch die Ernennung von Kennox-Boyd zum Unterstaatssekretär wird im Labour-Blatt kritisiert, weil er zur äußersten Rechten der konservativen Partei gehöre und seit Ausbruch der Wirren in Spanien für General Franco geworben sei. Seine Wahl werde dahin ausgelegt, daß die konservative Partei die Nationalregierung immer mehr in ihre Hand bekomme und beabsichtige, sie von fortschrittlichen Ideen abzubringen.

**Moskau will wieder hören**

Die Frage des Beginns der englisch-italienischen Besprechungen rückt nach der Ernennung von Lord Halifax zum Außenminister und nach der Ankunft des englischen Botschafters Lord Berth in London in den Mittelpunkt des politischen Interesses. Die römische Presse unterstreicht mit Genugtuung eine Londoner Nachricht, nach der die italienisch-englischen Besprechungen unmittelbar nach der Rückkehr von Lord Berth nach Rom noch im Laufe der Woche beginnen sollen.

Im Zusammenhang mit Vermutungen der englischen Presse über die englisch-italienische Verständigung empfiehlt „Popolo di Roma“ abzuwarten und einige, wenn auch nicht gerade allzu gefährliche, so doch ziemlich verhängliche Manöver im Auge zu behalten. Diese Manöver gingen zweifellos von Moskau aus, das der Verständigung Hindernisse in den Weg legen und mit ober ohne Zustimmung von Paris einen Fortschritt in den Arbeiten des Richteinmischungsausschusses hintertreiben wolle. Im Grunde genommen handele es sich dabei um Schwierigkeiten und Hindernisse, deren sich Sowjetrußland bediene, um von innen her gegen die englische Regierung zu arbeiten.

**Englands größter Flottenhaushalt**

Ausgabensteigerung auch für das Heer.

Wie der Flottenkorrespondent des „Daily Telegraph“ voraussagt, wird der englische Flottenhaushalt für Anfang 1938, der Anfang nächsten Monats im Parlament eingebracht wird, erheblich höher sein als der von 1937, der rund 105 Millionen Pfund aufwies. Der neue Flottenhaushalt werde überhaupt der größte Flottenhaushalt seit 1919 sein. Damals wurden 154 Millionen Pfund für die Flotte zur Verfügung gestellt. Bei den einzelnen Positionen erwarte man starke Ausgabensteigerungen für Neubauten, für die 1937 rund 29 Millionen ausgeworfen wurden, ferner für die Besatzungen, die gegenwärtig insgesamt 112 000 Mann zählten, und dann in bezug auf die Beschaffung von Rüstungsteilen, Geschützen, Granaten, Torpedos usw., wofür im vergangenen Jahre rund 13,4 Millionen Pfund aufgewendet wurden. Im neuen Haushaltsjahr werde voraussichtlich für die Luftwaffe der Flotte eine Sondersumme bewilligt werden, während im vergangenen Jahr die Finanzierung der Marineluftwaffe noch durch das Luftfahrtministerium erfolgte.

Das Bauprogramm für Schachtschiffe und Kreuzer, so fügt das Blatt hinzu, könne wegen der Ungewißheit bezüglich der japanischen Bauten zeitweilig aufgehalten oder auf einer provisorischen Basis entworfen werden. Wenn die neuen Schachtschiffe vielleicht auch größer als die 35 000-Tonnen-Schiffe der König-Georg-V.-Klasse, die man jetzt baue, sein mögen, so werde England doch weiter die Vertragsbegrenzungen auf Kreuzer und andere Schiffarten beachten, solange diese nicht von irgendeiner anderen Macht überschritten würden.

Auch der Haushalt für das Heer wird nach dem „Daily Telegraph“ der höchste seit vielen Jahren sein. Man rechnet damit, daß sich die Gesamtsumme um etwa hundert Millionen Pfund bewegen wird.

Ausländische Pressevertreter besuchen Sachsen

Die Wirtschaftskammer Sachsen veranstaltet auch in diesem Jahre im Anschluß an die Leipziger Frühjahrsmesse eine Sachsenfahrt der auf der Messe weilenden Vertreter der Auslandspressen. Die Teilnehmer sollen auf dieser Fahrt einen Einblick in das emigrierte Schaffen des Grenzlandes Sachsen, der Wertstadt Deutschlands, und in die wechselvollen landschaftlichen Reize unferes Gaues erhalten. Die Sachsenfahrt beginnt am 9. März, vormittags 8 Uhr, in Leipzig und führt am ersten Tag nach Glauchau, Reichenbach, Plauen und Bad Brambach. Am 10. März sind Besichtigungen in Schönau, Bernesgrün, Süßengrün, Aue und Auerbach vorgesehen; das Tagesziel ist Chemnitz. Die Fahrt findet am 11. März nach Besichtigungen in Chemnitz und Dresden mit einem Empfang im Rathaus der Landeshauptstadt ihren Abschluß.

**Ueble Heze entlarvt**

Mit gefälschten Dokumenten gegen die Auslandsorganisation der NSDAP. gehezt

Vor dem Polizeigericht in Luxemburg wird augenblicklich ein Prozeß verhandelt, der einen aufschlußreichen Einblick in die Praktiken der internationalen Brunnenvergifter gestattet, die durch ihre schamlose Heze gegen das neue Deutschland immer wieder eine wirkliche Befriedung der Welt verhindern. Angeklagt sind ein gewisser mehrfach vorbestrafter Koffelet und ein Journalist Molling, die mit Hilfe gefälschter Dokumente die unglücklichsten Verleumdungen gegen die Auslandsorganisation der NSDAP. verbreitet haben.

Die luxemburgische Monatschrift „Die neue Zeit“ hatte im Sommer vorigen Jahres auf Grund angeblich echter Urkunden behauptet, die W. (Auslandsorganisation) in Luxemburg sei eine Spionage- und Befestigungszentrale, die „ungeheure Summen“ an die „Faschisten“ Luxemburgs, Belgiens, Frankreichs und Englands zahle. Vor allem habe auch der Führer der Reizisten, Degrelle, große Summen erhalten. Die deutsche Gesandtschaft hatte sich sofort gegen diese unverantwortliche Heze verwahrt, und die in den Sudeleien mit voller Namensnennung angegriffenen Personen hatten Verleumdungsklage eingereicht, der sich der Staatsanwalt auf Veranlassung der luxemburgischen Regierung angeschlossen hatte.

Die sofort eingeleiteten Ermittlungen des Staatsanwalts ergaben, daß die angeblichen „Urkunden“ sämtlich gefälscht waren, und zwar durch Koffelet, der sein Verbrechen auch bereits eingestanden hat. Dabei konnte u. a. festgestellt werden, daß Koffelet den alten Stempel eines Sportvereins in einen Stempel der Auslandsorganisation umgefälscht hat.

Der Journalist Molling behauptete zunächst, „gutgläubig“ gehandelt zu haben, mußte aber im Laufe der Verhandlung zugeben, daß er von der Fälschung der Dokumente gewußt hat.

Das Urteil gegen die beiden Hezer dürfte in Kürze zu erwarten sein. Der Staatsanwalt, der in seiner Anklagerede betonte, daß die Angeklagten offensichtlich böswillig gehandelt haben, hat gegen beide Fälscher Gefängnis beantragt.

**Moskau wählt in Prag**

Die Tschechoslowakei als Kominternzentrale.

Das rechtsingestellte Warschauer Blatt „ABC“ berichtet über die Organisation der Komintern in der Tschechoslowakei. In Prag residiere der Sonderbeauftragte der Komintern für Mittel- und Osteuropa sowie für den Balkan. Hier seien auch die Organisationsbüros der einzelnen kommunistischen Parteien, die sich im Auftrage Moskaus in den Ländern dieser Teile Europas betätigen, untergebracht. In Brünn befänden sich die Agenturen der kommunistischen Partei Österreichs, in Währisch-Odrau die Sektionen der Komintern für Polen. Auch von Preßburg aus werde die kommunistische Wahlarbeit in Ungarn, Rumänien und auf dem Balkan geleitet.

**Die Komintern auf U.S.A.-Schiffen**

Der amerikanische Senat beschloß, eine Untersuchung der Zustände in der amerikanischen Handelschiffahrt durch einen Sonderausschuß vorzunehmen. Der demokratische Senator Copeland, der diesen Schritt anregte, erklärte, die Untersuchung müsse sich mit den „unfürzlerischen Einflüssen“ des Kommunismus befassen.

Bekanntlich haben sich in der letzten Zeit in der amerikanischen Handelsmarine wiederholt ernste Zwischenfälle durch Streik und Sabotageakte, die auf die Hezarbeit kommunistischer Agitatoren zurückzuführen sind, ereignet. Nachdem seitens der Behörden der Handelschiffahrt bereits mehrere scharfe Verfügungen ergangen sind, wird sich offenbar der Senat mit weiteren Beschlüssen befassen.

**Rumänien schafft Ordnung**

Geistliche haben in den Parteien nichts zu suchen.

Auf Weisung der Heiligen Synode der rumänischen orthodoxen Kirche werden am 13. März in allen Kirchen des Landes die Geistlichen einen Hirtenbrief des Patriarchen verlesen, der einen Aufruf zu Ruhe, Frieden, Brüderlichkeit, und zur Achtung gegenüber den Gesezen und den Behörden darstellt. Anschließend werden alle

**Oesterreichische Pressevertretung**

Gefährdung der zwischenstaatlichen Beziehungen wird geahndet

Die amtliche „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine Reihe von Presseverordnungen, deren wichtigste Bestimmung im Paragraf 1 wie folgt zusammengefaßt ist:

Wer vorsätzlich oder grob fahrlässig durch den Inhalt eines Druckwerkes den inneren Frieden oder die zwischenstaatlichen Beziehungen Oesterreichs zu einem anderen Staat ernstlich gefährdet, begeht eine Verwaltungsübertretung und wird unbeschadet einer allfälligen strafgerichtlichen Ahndung von der Bezirksverwaltungsbehörde im Amtsgebiet einer Bundespolizeibehörde von ihr mit einer Geldstrafe bis zu 2000 Schilling oder Arrest bis zu drei Monaten bestraft.

Im Paragraf 2 heißt es ferner, daß bei wiederholten Verstößen gegen diese Bestimmungen die Bewilligung zur Herausgabe der Zeitung für eine bestimmte Zeit oder für dauernd entzogen werden kann.

**Beränderungen in der Vaterländischen Front**

Bundeskanzler Schuschnigg hat, wie amtlich gemeldet wird, eine Reihe von bedeutenden Personalveränderungen in der Vaterländischen Front angeordnet, die mit der notwendigen Konzentration aller Patrioten begründet werden. Die bemerkenswerteste Umbelegung ist die des Landesleiters der Vaterländischen Front in Steiermark. Der bisherige Landesleiter Dr. Gorbach ist in das Amt

Gläubigen von den Eiden entbunden werden, die nicht von den Gesezen des Landes vorgeschrieben sind.

Die Synode hat ferner den Beschluß der Regierung, den Beamten die parteipolitische Tätigkeit zu unterlagen, zur Kenntnis genommen und beschloßen, daß die Geistlichen und Kirchengänger aus allen Parteien, denen sie angehörten, auszutreten haben.

**Keine Gemeindefast mit jüdischen Gegnern!**

Das Bularester Journalisten-Syndikat, der größte und angesehenste Berufsverband rumänischer Schriftsteller, beschloß, allen nach dem 1. Dezember 1918 eingetretenen jüdischen Mitgliedern des Syndikats, deren Staatsbürgerschaft unter die gesetzlich angeordnete Ueberprüfung fällt, die Mitgliedschaft ab sofort zu entziehen, einschließlic aller Vorteile und Sonderrechte, die aus dieser Mitgliedschaft entstehen.

**„Kolonien, nicht Kredite“**

Italien unterstützt Deutschlands Forderung.

Unter der Ueberschrift „Kolonien, nicht Kredite“ betont die führende italienische Kolonialzeitschrift „Azione Coloniale“ in Würdigung der Ausführungen des Führers zur Kolonialfrage vor dem Reichstag, es handle sich bei dem deutschen Kolonialproblem nicht um eine Rohstofffrage. Es sei geradezu naiv, Deutschland das verkaufen zu wollen, was man ihm mit Gewalt und Hinterlist abgenommen habe.

Man könne nicht ein 68-Millionen-Volk zu einer beschränkten und kleinsten Politik zwingen, wobei es sich außerdem noch um ein Volk handle, das in 30 Jahren Kolonialgeschichte den Beweis erbracht habe, Gebiete in Afrika, Asien und im Stillen Ozean mit Erfolg zu kolonisieren. Im Hinblick auf die glorreiche Kolonialgeschichte des deutschen Volkes und seines heldenhaften und siegreichen Abwehrkampfes in den afrikanischen Besitzungen könne Italien nicht umhin, sich auf diplomatischem wie auf geistigem Gebiet der Aufsehnung des deutschen Volkes anzuschließen, das, nachdem es gegen die berüchtigte Kolonialschuldlüge angekämpft habe, heute durch seine berufensten Vertreter das Recht auf Raum und zum Leben verlange.

Es sei dies dasselbe Recht, auf dem Italien seinerzeit bestanden hätte, indem es für sein Volk einen Platz an der Sonne verlangte und erkämpfte.

**„Bremen — Schlüssel zur Welt“**

Neuer Beweis der deutsch-italienischen Solidarität.

In der Zeit vom 25. Mai bis 19. Juni 1938 gelangt in Bremen die vom Institut für Deutsche Kultur- und Wirtschaftspromaganda veranstaltete Ausstellung „Bremen — Schlüssel zur Welt“ zur Durchführung. In der „Welt zur Faschista“ veröffentlicht jetzt Direktor General Melchiori einen Artikel, in dem er seine Reiseindrücke in der Hansestadt Bremen unter der Ueberschrift „Bremen — Schlüssel zur Welt“ schildert.

Einleitend beschäftigt sich General Melchiori mit der Stadt Bremen und stellt fest, daß Bremen heute Deutschlands größter Einfuhrhafen ist. Nach einer Würdigung der Verdienste des Nationalsozialismus um die Verwirklichung der nationalen Einheit und nach einem Rückblick auf die traurige Periode kommunistischer Herrschaft erklärt Melchiori, daß Bremen sich heute insbesondere auf eine wichtige Aufgabe vorbereite, da es zum Sitz der neuen deutschen Kolonialausstellung auszuwählen und berufen sei, der Welt Deutschlands Recht auf Niedergewinnung seiner Kolonien vor Augen zu führen.

Italien beteilige sich in großem Stil an dieser Ausstellung, und zwar mit einer geschichtlichen Darstellung seiner Eroberungen in Afrika und der kolonialistischen Fähigkeiten des faschistischen Italiens. Diese Ausstellung könne man als die „Italienisch-Deutsche Kolonial-Ausstellung“ bezeichnen.

Bei seinem Besuch in Bremen brachte der Verfasser zum Ausdruck, daß man die Beteiligung Italiens an der Ausstellung von zwei Gesichtspunkten betrachten müsse: Erstens, Italien werde in Bremen dem nationalsozialistischen Deutschland die italienische Solidarität für die deutschen Kolonialforderungen erneut betonen. Zweitens, Italien werde sein Recht, sich seinen Platz an der Sonne zu erobern, beweisen. Die Bremer Ausstellung erhalte für Italien insofern eine besondere Bedeutung, als hier ein neuer Beweis für die Brüderlichkeit zwischen Italien und Deutschland erbracht werde.

des Frontführers berufen worden. Seine Stelle hat der Generalsekretär der Vaterländischen Front, Zernatto, selbst übernommen und mit ihrer Leitung den Generalsekretär Stellvertreter der Vaterländischen Front, Ing. Dworschak, betraut, der bereits nach Graz abgereist ist. Die Landeshauptleiter von Niederösterreich Dr. Reither, von Salzburg Dr. Reihl und von Tirol Dr. Schumacher sind zu den Landesführungen der betreffenden Gebietsorganisationen der Vaterländischen Front berufen worden. Schließlic ist Dr. Jutz zum Stellvertreter des Volkspolitischen Referenten beim Amt der Frontführung ernannt worden. Volkspolitischer Referent beim Amt der Frontführung ist bekanntlich Innenminister Dr. Seihß-Inquart. Dr. Hugo Jutz entstammt dem nationalen Lager und gehörte dem Siebenerausschuß für nationale Befriedung an.

Gedenktag für den 28. Februar.

1813: Preußisch-Russisches Bündnis von Kalisch gegen Napoleon. — 1833: Generalfeldmarschall Alfred Graf v. Schlieffen in Berlin geboren (1913 gestorben).

Gedenktag für den 1. März.

1268: Markgraf Dietrich von Landsberg nimmt die Besucher der Leipziger Märkte in seinen Schutz. — 1815: Landung Napoleons I. bei Cannes. — 1868: Der Admiral und preussische Staatsrat Adolf v. Trotha in Koblenz geb. — 1871: Einzug der Deutschen in Paris. — 1935: Das Saargebiet kehrt zum Deutschen Reich zurück; Adolf Hitler in Saarbrücken. Sonne: A. 6.48, U. 17.37; Mond: A. 6.00, U. 17.10.